

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Gingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quis  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Sozialpolitik — Wirtschaftspolitik

Die Deutsche Arbeiter-Zeitung brachte in Nr. 19 vom 12. Mai 1918 einen Aufsatz des Herrn Dr. Längler über die „Sozialpolitik in Deutschland“, in der dieser seiner Genehmigung Ausdruck gibt, über ein Wort des Grafen Kosobowsky in der großen Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform in Berlin. Kosobowsky hatte ausgeführt, daß die Sozialpolitik ein Teil der Wirtschaftspolitik sei. Diese Feststellung sei erfreulich, denn es habe bisher gerade vermieden werden müssen, daß die Sozialreformer den Zusammenhang der sozialen mit den wirtschaftlichen Fragen zugrunde legen. In den weiteren Ausführungen des Herrn Dr. Längler wird auseinandergesetzt, wie er sich diesen Zusammenhang vorstellt. Wir erfahren da nichts Neues. Die Sozialpolitik soll der Wirtschaft untergeordnet werden. Sozialreform — im Rahmen des Möglichen“. Keinerlei Hemmnisse und Schranken, Freiheit des Arbeiters über die Verfügung seiner Arbeitskraft, Einzelvertrag, Freiheit in der Auswahl der Arbeitskräfte — und wie die bekannten Schlagworte alle heißen. In das klare Deutsch übersetzt heißt das nichts anderes als uneingeschränkte Ausbeutungsfreiheit. Die Unternehmer wollen in keiner Weise beschränkt sein, ihren Gewinn zu erhöhen.

Nun besteht in der Tat ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialreform, und es bedurfte wirklich nicht erst der Worte Kosobowskys, ihn zu entdecken. Aber die soziale Reform in ihrer Ganzheit darf der Wirtschaftspolitik nicht untergeordnet werden, wie die Unternehmer es wünschen, sondern hat ein Ziel davon zu sein.

Bei der Warenherstellung werden Kräfte verschleift, sie gehen in das Erzeugnis über. Rohstoffe können nur durch Zutun menschlicher Arbeitskraft umgeformt, zu Gebrauchsgegenständen gewandelt werden. Erst die Verbindung von Stoff und Kraft gibt dem toten Stoff Form und bestimmte Eigenschaften. Durch die Arbeit werden nun Gebäude, Maschinen und Werkzeuge abgemutet. Das wissen die Unternehmer sehr wohl und sie tun alles, die Abnutzung auf das möglichst niedrigste Maß zu beschränken. So viel aber auch in unserm technisch fortgeschrittenen Zeitalter die menschliche Arbeitskraft durch mechanische Kräfte ersetzt ist, so gering scheint bei der Herstellung mancher Güter die Mitwirkung der Menschenhand ist, so bleibt der Mensch doch die machine méro (die Mutter aller Maschinen), wie ein französischer Nationalökonom sich ausgedrückt hat. Von ihr geht aller Fortschritt aus, alles bisher Erreichte ist von ihr erdacht, geschaffen. Ohne die Anwendung menschlicher Dr. Arbeit, Nerven- und Muskelkraft bleiben auch die gewaltigsten Maschinen, die feinsten Werkzeuge totes Gerüst.

Die menschliche Arbeitskraft, das heißt den Menschen selbst zu schützen, seine Kräfte zu schonen und zu entwickeln, ist und bleibt daher oberstes Gesetz aller Wirtschafts- und Sozialpolitik. Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Sozialpolitik in weitem Umfang ist um so mehr geboten, als der Krieg furchtbare Wunden in den Bestand der nationalen Arbeitskräfte gerissen hat. Und der verbleibende Rest hat furchtbar gelitten unter den Anstrengungen und Entbehrungen des Krieges, und Verletzungen aller Art haben bei Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten die Leistungsfähigkeit stark herabgesetzt. Selbst die in der Heimat Gebliebener sind durch die schlechten Ernährungsverhältnisse in ihrer Gesundheit geschädigt. Gar nicht zu reden von dem Kräfteverlust, der sich bei unseren Frauen und beim heranwachsenden Geschlecht bemerkbar macht.

Also, nach dem Kriege ein ungeheurer Mangel an Kräften zur Arbeit. Auf der andern Seite heißt die wirtschaftliche Lage unseres Landes die Anspannung aller Kräfte, um die im Kriege aufgebrauchten Gütermengen zu ersetzen, Waren zum Austausch mit dem Ausland herzustellen. Das letztere wollen die Unternehmer erreichen durch möglichst unbeschränkte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft: niedrige Löhne, Beiseitlassung oder doch Einschränkung der Arbeiterschutzbestimmungen, Ausnützung der Frauen- und Kinderarbeit, keine Einmischung der Gewerkschaften — Vertrag mit dem einzelnen, dann schuldlosen Arbeiter. Erst müsse, so folgern sie, die deutsche Volkswirtschaft wieder zur Blüte gebracht werden, der Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgefochten sein, ehe man wieder an Arbeiterschutz in größerem Umfang denken könne.

Daß diese Beweisführung falsch ist, geht schon aus dem oben Gesagten hervor. Der Raubbau, der während der langen Kriegsjahre an und hinter der Front, sagen wir zum Teil notwendigerweise, getrieben werden mußte, darf nicht länger weitergeführt werden, wenn nicht nur das jetzige, sondern auch das kommende Geschlecht ein schwaches, leistungsunfähiges Geschlecht sein soll. Damit würde eine dauernde Herabminderung der nationalen Arbeitskräfte herbeigeführt werden.

Wir können im Rahmen eines kurzen Aufsatzes nicht alle Fragen der sozialen Reform behandeln, sicher ist, daß sich unter der Herrschaft der deutschen Sozialpolitik die physische Volkskraft und Volksgesundheit gehoben und eine allgemeine sozialhygienische Kultur in Deutschland entwickelt hat, die weit über die Fabriks- und Arbeiterkulturen hinaus segensreich für das ganze Volk gewirkt hat. Etwas so wahr aber ist, daß noch sehr, sehr viel zu tun ist, und daß die Reformen nicht auf längere Dauer ausgeführt werden dürfen. Betrachten wir das Feld der Tuberkulosebekämpfung. Hier ist seit einem Vierteljahrhundert systematisch, unter tätiger Mitwirkung der Landesversicherungsanstalten, ärztliche und soziale Fürsorge geleistet worden. In den 15 Jahren von 1907 bis 1913, wo die Landesversicherungsanstalten 175 Millionen Mark zur Förderung des großen Kampfes gegen die Tuberkulose, zum Bau der 147 Heilheilstätten, der 103 Kinderheil- und 114 Wald-erholungsstätten, zum Betrieb der 1500 Aushilfs- und Fürsorgestellen beigegeben haben, ist die Sterblichkeit der Tuberkulösen in Deutschland bedeutend zurückgegangen. Aber auch heute noch ver- zehret die Tuberkulose die Blüte unserer Volkskraft und Laufende,

die dem Vaterland noch Wertvolles mit Hand und Hirn hätten leisten können, sinken vorzeitig ins Grab. Mußte doch der Staatssekretär des Innern, Dr. Deßloch, bei der Eröffnung des Tuberkulosekongresses am 23. Oktober 1913 in Berlin noch zugeben: „Wird doch in Deutschland unter allen Todesfällen jeder vierte Todesfall durch Tuberkulose herbeigeführt, und bei den bis zum 35. Lebensjahre der Industrie-, Berg- und Bauarbeiter sich erstreckenden Todesfällen ist sogar mehr als die Hälfte der Tuberkulose zuzuschreiben.“

Der Kampf gegen diesen Würgengel darf nicht den Kranken- und Versicherungsanstalten allein überlassen bleiben, nicht beginnen, wenn die Krankheit schon weit vorgeschritten ist, er hat vorbeugend einzusetzen bei der Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge, vor allem aber in der Wohnungspolitik.

Menschenökonomie treiben, das bedeutet den größten Gewinn für die Volkswirtschaft. Gegen 1870 bis 1880 hat sich in Deutschland die durchschnittliche Lebensdauer in den leistungsfähigen Altersstufen um 3 Jahre erhöht. Dank dieser sozialen Lebenskräftigung haben etwa 20 Millionen erwerbstätiger Deutscher, auf ein Zeitgeschlecht berechnet, ungefähr auch 3 Jahre an Tätigkeitsdauer gewonnen. Diese bedeuten also, auf die Jahreseinheit des 30jährigen Zeitgeschlechts (so hoch schätzt man für das leistungsfähige Leben Deutschlands das Mittel der Schaffensdauer eines Zeitgeschlechts) einen zahlenmäßigen Zuwachs an Arbeitsleistung von 600 Millionen Arbeitstagen oder, das Tagewort durchschnittlich zu 3 Mark gerechnet, eine Vermehrung des Jahresarbeitsgewinns von 1,8 Milliarden Mark. (Dr. W. Zimmermann: Volkswirtschaftl. Zeitfragen, 1915, S. 1.) Diese Zahlen zeigen, wie soziale Kultur ein Volk kräftiger und reicher macht. Dabei ist in diesen Zahlen die wirtschaftliche Nutzwirkung der gesteigerten Arbeitsleistung, die besser genährte und geschulte Arbeitskräfte in der Zeitlichkeit entfalten, nicht in Betracht gezogen.

Wenn also der durch den Krieg unterbrochene allmähliche Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse wieder aufgenommen werden soll, dann darf man nicht den Ankeranker der Sozialreform mit dem Hintz auf den „Ruin der Industrie“ aufzuhalten suchen, obgleich sie Jahr um Jahr höhere Dividenden ausschütten konnten. Will man dem durch die furchtbaren Reiben des Krieges in drohende Nähe gerückten allgemeinen Verfall der wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Kräfte des Volkes aufhalten und vermeiden, so muß die Lösung heißen:

Nun erst recht Sozialpolitik!  
Reformen auf breiterer Grundlagel

### Im Banne der Lebensarten

II.

Wer gegenüber der Tatsache, daß unsere sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ebenfalls nach bestimmten, der Natur angelegenen Entwicklungsgeboten sich gestalten, nicht ganz unbeeindruckt ist, der wird schließlich auch zugeben, daß die Entwicklung auf die Entwicklung der Verhältnisse einer gewissen Kraft bedarf. Dem wird aber ebenfalls klar, daß eine Jahrhundert- und jahrtausend- alte Uebung eine Art Gewohnheitsrecht geschaffen, deren Umwandlung und Beseitigung Generationen erforderlich machen. Vererbung und Erziehung üben auf die Denkart und die Verfassungswelt der über- großen Massen der Menschen einen zu nachhaltigen Einfluß aus, als daß es möglich wäre, mit genauen Tatsachen und Beispielen diese Menschen in kurzer Zeit zu einer anderen als der überkommenen Anschauung zu bekehren. Auch diese Menschen befinden sich im Banne von Lebensarten, mit denen sie über ihre wirkliche Lage hinweggetäuscht werden. Sie befehlen sich die Welt nach ganz anderer Art und halten diese ebenso für die richtige, wie jene Anhänger radikaler Lebensarten, in deren Gedankenwelt sie sich nur Erkenntnis des Tatsächlichen genau so wie jenen, die Begriffe und Ziel überhupen. Und da auch der menschliche Geist dem Gesetze des Beharrungsvermögens unterworfen ist, so ändern die Menschen ihre Lieb oder auch nicht lieb gewordenen Gewohnheiten nur schwer. Sind diese Erfahrungen sozialistischer und gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit unserer Schwärmergeister abhandeln gekommen?

Unsere Agitationsarbeit konnte der löblichen Lebensarten nicht entbehren. Sämt man bei Massen stets vor Augen geführt, ein wie ungeheuer mühsamer Kleinkrieg unsere politische und gewerkschaftliche Bewegung in Wirklichkeit darstellt — es ist zu begreifen, ob sich heute so große Massen, wie dies tatsächlich der Fall, um die politischen und gewerkschaftlichen Fahnen scharen würden. Es war notwendig, den Massen ein großes und hohes Ziel der Bewegung vorzusetzen, genau so wie dies der Stifter des christlichen Glaubens einst auch getan. Dieses Ziel vermochte dort wie heute in unserer Bewegung die Massen leidenschaftlich zu begeistern und zu Opfern zu befähigen, die aus der nützlichsten Erziehung der Tatsachen heraus sicherlich nicht gebracht worden wären. Gewiß bedürfen wir der Begeisterung heute noch ebenso sehr wie die Lehre Christi zu jeder Zeit. Aber, vergessen wir dabei eines nicht, jene Lehre war außer einem doch mehr nebenwärtigen sozialen Zweck weit mehr auf das überirdische gerichtet, bedurfte des klaren Erregens der wirtschaftlichen Realitäten nicht so sehr wie unsere Bewegung, deren Zweck ist Wirtschaftliche Fragen sind eben keine Abstraktionen und lassen sich daher auch nicht allein durch Gedanken lösen. Sie erfordern praktische Mitarbeit, und zwar um so mehr, je größer der Kreis derer ist, die aus dieser Mitarbeit auch praktischen Nutzen ziehen wollen. In den Anfängen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung konnte man sich eher darauf beschränken, systematische Kritik zu üben, heute würde eine solche Methode für den Bestand einer Bewegung nicht mehr ausreichen. Solange das Christentum nur einen kleinen Anhängerkreis und daher auch keinerlei Einfluß besaß, konnten sich seine Prediger ruhig in die Halle des alles verdammenden Kritikers begeben. Als die Schar der Anhänger und damit auch ihr Einfluß stieg, mußten sie mitherrschen. Das geschah nicht ohne den eigenen Vorteil der Machtstellung des Christentums. Daß es dabei bis heute seine soziale Aufgabe noch nicht erfüllt, ist kein geschichtliches Verhängnis, das unserer Bewegung nicht zum Vorteil dienen darf. Das Beispiel zeigt aber mit unverwehrt der Dringlichkeit,

daß mit der Größe des Einflusses einer bestimmten Klasse für die auch die Notwendigkeit erwächst, sich den Verhältnissen anzupassen, in sie hineinzuwachsen und aus der bloßen Verneinung auch zur tatsächlichen Mitarbeit überzugehen. Das kann heute nach Lage der Dinge nur in einem Staatswesen geschehen, dessen übriger Teil in seinen Interessen und Ansichten uns entgegensteht. Und da sich der andere Teil nicht durch Worte überzeugen läßt, zur Gewalt aber, abgesehen von der moralischen und praktischen Bewertung derselben, unsere Kräfte nicht ausreichen, so bleibt uns kein anderer als der freilich mühsame Weg der praktischen Mitarbeit, wenn auch unserer idealen Auffassung das nicht immer entsprechen möchte. Unsere kulturellen Errungenschaften sind das Werk einer mühsamen, millionenfälligen Kleinarbeit. Und wenn die gewaltigen Geister (Baco von Verulam, Goethe usw.) ihrer Zeit um Jahrhunderte vorausreichten, nicht deren Gedanken machten endlich die Welt, sondern die praktische Arbeit, die einen schwierigeren Boden fand als den freien Acker des Gedankenfluges und daher nur in ruhigem Einfügen in die gegebenen Verhältnisse das vorgedachte Ziel erreichte. Und glaubt man wohl, der so überaus kluge Gedanke des Sozialismus bedürfte nichts weiter als einer dafür begeisterten und gar wenig vorbereiteten Masse, die auch nur zu einem Bruchteil sich dazu bekemmt? Josef Diehgen, der neueste Philosoph des Sozialismus, sagt einmal ganz treffend: „Die gang und gäbe und doch so dotierte Ansicht, daß man zur Erlernung der Schulter weit wenigstens einige Jahre bedürfe, dagegen der Sozialismus so einfältig sei, daß man darüber ohne weitere Lehrzeit urteilen dürfe — diese Ansicht zu bekämpfen, gehört ganz entschieden zu meinem Thema.“

Das gilt in gleicher Weise für die Gegner des Sozialismus, wie für die, die sich wohl zu ihm bekennen, deren Lehrzeit aber nicht ausreichte und die deshalb Verlangen stellen, denen der Sozialismus und die sich darauf gründende Bewegung nicht gerecht zu werden vermag. Der Fehler liegt aber nicht bei der Bewegung und den sich ihrer Verantwortung bewußten Führern, sondern unbewußt und ohne Schuld bei den Massen selbst. Die Zahl derer, die sich ohne tiefere Kenntnis zum Sozialismus bekennen, ist ungeheuer groß; ebenso die Zahl derer, die daraus Erwartungen schöpfen, deren Nichterfüllung sie verdrüsslich macht. Gewiß können nicht alle Anhänger des Sozialismus, auf gründliches Fachwissen gestützt, denselben genauer kennen, sie müssen sich hierbei auf ihre Führer verlassen können, so wie ja auch die „Gebildeten“ ihre Kenntnisse über die Größe der Erde, der Kenntnisse des Laufes der Planeten usw. auf die Wissenschaft der Fachleute stützen. Was daher den geistigen Führern der Opposition zum Vorturf gemacht werden muß, das ist, daß sie ihren Anhängern die Tatsache verbunkeln, daß der Sozialismus eine Stufe des Weltentwicklungsprozesses darstellt, bei der die Entwicklung erstens noch keineswegs abschließt und daß wir zweitens politisch und wirtschaftlich, wie auch an Zahl noch nicht weit genug sind, die sozialistische Stufe des Weltentwicklungsprozesses in die Tat umzusetzen.

So sind wir denn dahin gelangt, wo der Streit um den Begriff des Sozialismus beginnt. Welches ist der rechte und welches ist der falsche? Ueber diese heikle Frage mache ich mir keine Entscheidung an, wie es denn überhaupt schwer wird, eine richtige Begriffsbestimmung zu treffen. Der Begriff Sozialismus ist im Kriege arg mißbraucht worden. Der Sozialismus ist eine Frage der Erzeugung wie der Verteilung. Daraus resultieren alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Differenzen mit Einschluß der gewalttätigen Politik des Krieges. Auf der einen Seite handelt es sich darum, alle Kräfte darauf zu richten, der Natur so viel als nur möglich Schätze abzurufen, die Arbeitskraft des Menschen selbst immer ertragsreicher zu gestalten. Auf der anderen Seite muß die Verteilung der Güter aber so vor sich gehen, daß allen Menschen eine ausreichende Lebensmöglichkeit geboten wird, daß ihnen volle Bewegungsfreiheit zur Erlangung hierfür eingeräumt wird. Die heutige Art der Verteilung von Erzeugung und Verbrauch befriedigt sicher nicht, aber eine so tief eingewurzelte und weitverzweigte Art ist zu fest in ihrem Bestand, als daß sie von heute auf morgen geändert werden könnte. Das vermag auch keine politische Macht und sei sie noch so groß, verfüge sie über noch so viele und große Intelligenzen. Grundfällige soziale oder wirtschaftliche Formen lassen sich nicht ohne die Gefahr eines Rückfalls erzwingen. Ja, der Rückfall ist unbedingt sicher, denn die vielen Millionen privater Wirtschaften, die untereinander im Austausch ihrer Erzeugnisse stehen, die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede, weit mehr aber noch die menschlichen Eigenarten selbst, kann der Staat unmöglich ohne alles weitere aus der Welt schaffen, um danach eine vorbildliche sozialistische Verteilung von Erzeugung und Verbrauch zu schaffen. Nur wer in Politik und Wirtschaft der Ausdruck eines Volkes des Gesetzes oder der Masse anerkennt und die mannigfachen Triebkräfte und die Entwicklung der Dinge überblickt, kann zu der unklaren Vorstellung kommen, daß es möglich wäre, in kurzer Zeit eine grundfällige Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeizuführen. Und wie das für die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse seine Geltung hat, so auch für die politischen, mit Einschluß des Krieges.

Innerhalb des vorgezeichneten sozialistischen Planes und notgedungen auf dem Boden der jetzigen Wirtschaft hat sich die Wirtschaftspolitik der Arbeiter zu entwickeln. Sie muß ausgehen von einer Arbeitsmarkt- und einer Konsumentenpolitik. Das erstere setzt voraus, daß dafür gesorgt wird, daß allen vorhandenen Arbeitskräften ausreichende und gut lohnende Arbeit zugeeilt wird, daß ihre Person und Arbeitskraft den nötigen sozialen Schutz nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Familienmitglieder genießt, und daß die zur Befriedigung der Bedürfnisse benötigten Güter möglichst gut und billig beschafft werden können. In praktischer Beziehung kommt hierbei in erster Linie in Betracht eine Regelung der Arbeitsvermittlung, eine Arbeitslosenversicherung und -fürsorge, die imstande sind, die überstarke Konkurrenz der Arbeitskräfte auszugleichen und in ihren verderblichen sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen zu mildern. Hierher gehört natürlich auch die Frage des Koalitionsrechtes, das erst dem Arbeiter gestattet, sich einen befriedigenden Lohn zu erringen. Dann aber ist die Frage des Arbeiterlohnes sowohl eine solche der eigenen Mitwirkung der Arbeiter, wie auch der Gesetzgebung. Was dann die Frage der Konsumentenpolitik anlangt, so handelt es sich hierbei sowohl um eine Frage der Gesetzgebung wie auch der Selbsthilfe. Die Gesetzgebung vermag Preis und Güte der Ware durch Schutzoll und Steuerzuschläge zu beeinträchtigen, im Kriege auch durch antisoziale Verteilungsregelungen Schaben zu stiften. Die Selbsthilfe der Verbraucher vermag durch Konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß Preis und Güte der Ware günstig zu beeinflussen.

Soweit die Gesetzgebung — das ist der Staat — in die Wirtschaftspolitik der Arbeiter eingreifen soll und muß, bedarf es hierzu des politischen Einflusses der Arbeiterkraft auf die Gesetzgebung. Das steht natürlich außer Zweifel.

das in seinen Wirkungen weit mehr soziales und wirtschaftliches Interesse beansprucht, als dies zum Beispiel heute von vielen unserer Oppositionellen für eine wirtschaftliche Organisation anerkannt wird. Eine Gewerkschaft der Arbeiter kann daher heute nicht ohne eine politische Stellungnahme existieren. Sie tut dies nicht der Politik wegen, sondern nur um auf diesem Umwege die lebensnotwendigen Bedingungen der Wirtschaft der Arbeiter günstig zu beeinflussen. Diese Politik erfolgt freilich keineswegs in voller Uebereinstimmung mit den übrigen Gliedern des Staates, aber da sich diese ebenfalls nicht über das Handgelenk hinwegsetzen lassen, muß mit diesen Kräften gerechnet werden und können parlamentarische und politische Erfolge zugunsten der Arbeiterkraft auch nur in mühsamer Arbeit dadurch errungen werden, daß unsere praktische Tätigkeit den Gesetzgebungsorganen durchdringt. Wir Menschen sind nun einmal aufeinander angewiesen und das ist ja das einzige Mittel der Kultur, daß wir uns zusammenscharen, um durch Genossenschaft zu erreichen, was dem einzelnen unerschwinglich ist. Das gilt sowohl für die Menschen als Klassen, wie für diese auch wieder untereinander. Es ist dabei keineswegs nötig, daß die naturgemäßen Gegensätze zerstört, sie werden sachlich fortbestehen, die menschlichen Berührungspunkte werden sie nicht aufheben können.

So geht es auch mit unserer Stellung zum Staat an sich. Es handelt sich dabei um keinen erdachten Begriff, den wir ohne eigenen Schaden verneinen können. Der Staat ist eine soziale, wirtschaftliche und politische Realität, an deren Willen und Gedeihen die Arbeiter ein ungeheures Interesse haben. Dabei schaffen wir auch die Gegensätzlichkeiten der Staaten untereinander nicht aus der Welt. In allen Dingen müssen wir auch hier leider mit gegebenen Tatsachen rechnen und so schwer es uns im einzelnen fallen mag, wir müssen auch zu dem Staatsgange stehen, von dem wir selbst in allen unseren Beziehungen ein Stück sind. Die Einrichtungen des Staates, in dem wir leben, mögen uns noch so zuwider sein, ob ein allenfallsiger Eroberer uns größere Freiheiten gewährt oder ob wir nicht etwa noch zu unserer geringen freilichlichen Lage auch noch das Joch des Eroberers tragen müßten, steht doch nicht so sehr in Frage. Man braucht nicht erst auszumalen, was dies für die Arbeiterschaft wirtschaftlich bedeuten würde, um auch nur einen solchen Gedanken glatt abzulehnen.

Die Verhältnisse stellen uns in die gleiche Lage wie Millionen unserer und fremder Volksgenossen. Den Krieg zu verhindern lag nicht in unserer Macht, so grauig er uns schien und unsere Erwartungen noch bedauerlicher Weise übertrafen hat. Den Boden, auf dem wir gediehen, aber zu bewahren und zu schützen dürfte auch allen denen heiligste Pflicht sein, die mit den Maßnahmen der Regierung aber durchaus nicht einverstanden sein können. Die französischen Vorkriegssozialisten haben dies erst jüngst wieder getan. Wollte man aber eine Politik, die in dem Aufgeben von Grundfragen dieser Art wurzelt, betreiben, wer würde in Wirklichkeit all das mitmachen, was würde dadurch erreicht?

Eine nüchterne Betrachtung aller unserer Beziehungen zu einander und innerhalb des Staats- und Völkergemeinschaften bringt uns auf den Boden der Wirklichkeit zurück. Und wenn es Worte nicht vermögen, vielleicht vermögen es einige Zahlen. Nach der Berufszählung des Deutschen Reiches vom Jahre 1907 waren:

Angestellte . . . . .	1,1 Millionen	weiblich
Arbeiter . . . . .	11,4	2,4 Millionen

zusammen 19,1 Millionen Menschen, die fast ausschließlich auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Stellen wir diesen Zahlen die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten gegenüber, so ergibt sich für das Ende des Jahres 1913 die runde Zahl von 3,5 Millionen, das sind 20 v. H., die noch keineswegs gerade einer Richtung sind. Betrachtet man das Ergebnis für uns Metallarbeiter im besonderen, so ergeben sich 1,86 Millionen Arbeiter. Dem standen zu Ende 1913 nur 671 000 organisierte Metallarbeiter gegenüber, das sind nur 36 v. H. In einzelnen Berufsgebieten vermag man auf Grund starker gewerkschaftlicher Zusammenhänge recht ansehnliche Erfolge zu erzielen. In solchen Fällen darf aber keine geschändliche und geschändliche Abwertung bestehender Verhältnisse werden, oder von einer Organisation Leistungen verlangt werden, die so ganz außerhalb ihrer Machtpfülle liegen. Deshalb besteht es für die Sozialdemokratie als politische Partei. Auch ihr Anhängersitz steht noch in einem ungenügenden Verhältnis zur Gesamtheit der in Betracht kommenden Staatsbürger. Aber auch hier ändert die politische Vormachtstellung der Sozialdemokratie in einem Lande oder einer Gemeinde an den tatsächlich grundlegenden Verhältnissen nicht viel. Und das jetzige Verhältnis in Rußland gibt, soweit sich die Dinge übersehen lassen, nicht einmal ein noch offensichtlicheres Beispiel. Noch ungenügender aber liegen die Verhältnisse in der unerschöpflichen Bewegung der Selbsthilfe der Konsumanten. Die Bewegung ist gegenüber der ungeheuren Zahl der Verbraucher noch recht schwach in bezug auf die Mitglieder der Bewegung. Und der Konsumverein, der von den eizumaligen Sozialisten geführt wurde, vermochte wiederum doch nicht ohne eigenen Schaden eine andere innere Handels- und Wirtschaftspolitik zu machen als die der übrigen Betriebe der Verbrauchervereinigung. Wir sind eben alle so sehr aufeinander angewiesen und diese Tatsache erkennen, heißt es auch, zugeben. Wir brauchen deshalb nicht an dem notwendigen und selbstverständlichen Faktum der Dinge verzagen, wir müssen nur arbeiten und dürfen nicht glauben, daß wenn unsere Sache groß genug wäre, uns die rechte sozialistische Frucht in den Schoß fallen würde. Es gilt bestimmte Maßnahmen, die von vielen wohl schon empfunden werden, die aber erst und immer wieder ausgesprochen werden müssen, um zur eigentlichen Erkenntnis zu gelangen.

F. Fuchs (München).

**Ihr selbst sollt entscheiden!**

Der Berliner Kollege schreibt uns: In Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung trägt der Vorstand einen Aufsatz an die Mitglieder, den er die bezeichnenden Worte: „Ihr selbst sollt entscheiden“ voranstellt. Daß auch dieser Aufsatz den lebhaftesten Widerspruch der Mitglieder auslöste, wußte der Vorstand sich vorher sagen können. Auch dieser Aufsatz über den Geist seiner Vorgänger, er ist die ernste Dokumentation der bekannten Kriegspolitik der Gewerkschaften, die von einem erheblichen Teil der Mitglieder entschieden abgelehnt wird, was es auch auf der Generalversammlung in Köln seinen Ausdruck fand. Die Kriegspolitik der Gewerkschaften ist in Nr. 16 der Metallarbeiter-Zeitung unter der Überschrift: „Gegen Kriegspolitik, Rüstungswirtschaft und Unterstellungen“ gekennzeichnet und die „schärfste Verurteilung“, die er einleitet, können der Geist dieses Aufsatzes, sowie die Haltung und Stellungnahme des Vorstandes während des Krieges nicht aus der Welt schaffen.

Der Vorstand schreibt in seiner Rechtfertigung in Nr. 16, der Aufsatz besende, die Dilemma und Scheitlerkeit, ohne die eine gewerkschaftliche Organisation weder bestehen noch ihre Aufgaben erfüllen kann, insbesondere das Selbst- und Mitbestimmungsrecht der Mitglieder als höchstes Gut der Demokratie gegen alle bewachten und unbewachten Angriffe zu verteidigen. Das ist der Geist und Zweck des Aufsatzes. Er wendet sich gegen jene Kräfte, die ihn gegen die Politik des Vorstandes und der Mitglieder, die Organisation von ihren rein gewerkschaftlichen Aufgaben abdrängen und in ein anderes Fahrwasser hinführen. Der Vorstand wendet sich mit Recht gegen Unterstellungen, aber dann sollte er auch seinen Kräfte eine ungenügende Rolle verschaffen. Der Vorstand hat eine Reihe seiner Kräfte jetzt überhaupt nicht an Hand, dazu ist es auf der nächsten ordentlichen Generalversammlung auch Zeit genug. Aufschreibend fragt er: „Was soll aus der Generalversammlung nach dem Vorstandsbericht sein? In welchem, hier die gleichen Streikbewegung für und für sitzen. Das kann kein Gewerkschaftsmitglied sein.“ Das ist eine ungenügende

Sprache, die bereits des öfteren Unwillen erregt und der Organisation Schaden zugefügt hat. Damit wird letzten Endes jede Kritik unmöglich gemacht. In seinem Aufsatz sagt er: „Ihr selbst sollt entscheiden“ und gibt als Zweck und Sinn des Aufsatzes die Wahrung des Selbst- und Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder an, aber er verlangt, daß die Generalversammlung seinen Aufsatz als allein richtig anerkennt. Der Vorstand sollte bedenken, daß es bei dem Aufsatz nicht auf die Ansicht seiner Väter, sondern auf die Wirkung ankommt, die er in der Öffentlichkeit auslösen muß.

Ich glaube dem Vorstand, daß er mit diesem Aufsatz lediglich den demokratischen Charakter der Organisation, das Selbst- und Mitbestimmungsrecht der Mitglieder wahren wollte, nur kann das niemand aus dem Aufsatz herauslesen. Wohl ruft er einleitend aus: „Ihr selbst sollt entscheiden“, aber was sagt er weiter? Er wendet sich mit aller Schärfe gegen diejenigen, die Streiks zur Erreichung politischer Ziele propagieren, die durch einen allgemeinen Streik den Herrschenden ihren Friedenswillen bekunden und einen allgemeinen Frieden erzwingen wollen. Der Vorstand wendet sich weiter dagegen, mit Hilfe des Streiks innerpolitische Forderungen durchzusetzen und erklärt, daß derartige Streiks im ausschließlichen Interesse unserer Gegner liegen, daß sie aber auch die Gegner eines Verständigungsfriedens und die Feinde jeder freiheitlichen Entwicklung im Lande selbst stärken. Um diese Ansicht zu begründen, beruft sich der Vorstand auf die gegenwärtigen Zustände in Rußland. Gewiß, ich gebe dem Vorstand in seiner Rechtfertigung vollständig Recht, er kann seine Gründe herholen wo er will, auch darin stimme ich dem Vorstand und den Düsseldorf Kollegen bei: „Kein Mensch weiß, wie sich die Zukunft Rußlands gestalten wird“. Aber ob man sich solche unklare Verhältnisse zur Rechtfertigung eines Aufsatzes gegen politische Streiks heranziehen kann, möchte ich doch bezweifeln, zumal die Mitteilungen des Vorstandes über die Zustände in Rußland Quellen entnommen worden sind, die sich nicht immer als zuverlässig erwiesen haben. Wir scheitern, daß sich die Verhältnisse in Rußland unter der Regierung der Bolschewiki für die Arbeiter und Bauern ganz günstig gestalten werden. Aber warten wir in aller Ruhe ab, was der „Unfriede“, der nach Ansicht des Vorstandes das russische Volk verzehrt, oder richtiger gesagt, was die Klassenkämpfe, die gegenwärtig in Rußland ausgefochten werden, dem russischen Proletariat bringen werden. Für uns kann doch lediglich die Zukunft des russischen Proletariats von Interesse sein, daß alles was sich gegenwärtig in Rußland abspielt nichts anderes als schärfste Klassenkämpfe sind, daß das zur politischen Macht gelangte russische Proletariat diese Macht zu behaupten und dauernd zu erhalten sucht, daß dabei keine Sentimentalitäten obwalten, sondern auch Gewalttaten, Verfolgungen politischer Gegner und anderes mehr vorkommen, dürfte auch dem Vorstand einleuchten. Oder ist der Vorstand der Meinung, das Proletariat kann die politische Macht ohne Kampf erobern? Jedemfalls können diese Vorgänge nicht zur Rechtfertigung eines solchen Aufsatzes herangezogen werden. Der Vorstand will nicht, daß die Organisation von ihren rein gewerkschaftlichen Aufgaben abgedrängt und in ein anderes Fahrwasser hinführgelitet wird, er trägt aber selbst die Politik in die Gewerkschaft, deren seine Betrachtungen über Rußland — von dem übrigen Inhalt ganz zu schweigen — sind hochpolitische Betrachtungen, wie ja der ganze Aufsatz ein hochpolitisches Dokument ist.

Der Aufsatz des Vorstandes unbefangenen, wird zweifellos finden, daß es sich mehr um eine scharfe Verurteilung der politischen Streiks als Kampfmittel der Gegenwart handelt, als um die Wahrung des Selbst- und Mitbestimmungsrechtes der organisierten Arbeiter. Wenn der Vorstand die Behauptung aufstellt, den Arbeitern sei von einer Gruppe unberufener Vertrauenspersonen die Arbeitniederlegung „aufgehoben“ worden, so ist das eine durch nichts begründete unerbittliche Verdächtigung, die wohl dem Staatsanwalt als Material dienen kann, aber von jedem Arbeiter auf das entschiedenste zurückgewiesen werden muß. Dem Vorstand muß bekannt sein, daß an dem letzten politischen Streik in Berlin über 500 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Der Ausbruch einer solchen Streikbewegung kann nicht von einer Anzahl unberufener Vertrauenspersonen befohlen werden, da müssen andere Ursachen zugrunde liegen, Ursachen, die auch dem Vorstande bekannt sind. Aber als Funktionär praktisch bei Lohnkämpfen beteiligt war, der weiß, daß ein Streik von solch ungeheuren Umfang nicht durch Agitation einzelner, durch Flugblätter usw. entfesselt werden kann, hier müssen ganz andere Vorbereitungen vorhanden sein. Der Vorstand weiß ja auch ganz richtig auf die Folgeerscheinungen des Krieges hin, diese sind es, auf die diese Streiks zurückzuführen sind, nicht unberufene Vertrauenspersonen oder irgendwelche Flugblätter sind es, die oftmals recht zweifelhafte Urheber haben und als solche auch sofort von der Arbeiterschaft erkannt werden.

Der Aufsatz des Vorstandes richtet sich gegen politische Streiks, da kann keine nachträgliche Rechtfertigung etwas ändern. Wie steht es nun mit den politischen Massenstreiks als Kampfmittel der Arbeiterschaft? Ich glaube nicht, daß der Vorstand dieses Kampfmittel heute grundsätzlich ablehnt. Sollte er das, dann muß er es klar und offen ansprechen. Er würde damit dokumentieren, daß er in grundsätzlichen Fragen ungewandelt hat. Vor Ausbruch des Krieges ist die Frage der politischen Massenstreiks oft genug diskutiert worden. Auch die Gewerkschaften, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar, waren daran beteiligt. Ich empfehle, das Protokoll des Rammheimer Parteitagess nachzuschlagen. Wir ist es hier nicht um Grund, aber immer ich mich erinnern kann, war es kein anderer als Legien, der Vorsitzende der Generalversammlung, der in Rammheim erklärte, auch in Deutschland würden wir in eine revolutionäre Periode hineinkommen, wo die Massen auf die Straße gehen werden und falls konservative Führer an der Spitze ständen, würden die Massen über diese hinweggehen. Vergleiche man die Ausführungen der maßgebenden Führer der Gewerkschaften in Rammheim im Jahre 1906 und die Stellung, die der Vorstand in seinem Aufsatz einnimmt, dann kann man das richtige Urteil fällen. Legien hat Recht behalten, die Vorgänge während des Krieges haben gezeigt, daß die Massen über konservative Führer hinweggehen.

Wenn der Vorstand mit solcher Schärfe gegen die politischen Streiks vorgeht, so behält, weil er, nach unserer Ueberzeugung, diese in der Gegenwart nicht für angebracht hält. Das geht auch aus seinem Aufsatz klar hervor. Wir haben es also nicht mit einem Streit über den politischen Massenstreik zu tun, sondern mit einem Streit über die Kritik. Hierüber ist jede Diskussion aus bekannten Gründen unmöglich. Das weiß auch der Vorstand und darum magie er mit seinem Aufsatz doppelt vorsichtig sein.

Ich frage mich über die entscheidende Verantwortung, die der Vorstand in seiner Rechtfertigung einleitet gegen die Unterstellung, er habe mit dem Unterzeichneten eine Art „Bündnis“ geschlossen. Und weiter frage ich mich über die Erkenntnis des Vorstandes, die er aus der Schärfe der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die eine ununterbrochene Reihe von Kampf- und Mitbestimmungskämpfen und den Klassenkampf in seiner reinen Form wiederhergestellt, gewonnen hat, daß auch in Zukunft dem Unterzeichneten mit in hundertfachen, ununterbrochener Wirtschaftskämpfe durch stunde und leistungsfähige Gewerkschaften jeder Fortschritt abgebrocht werden muß. Diese Behauptung ist vollkommen richtig und es ist einleuchtend, daß es eine Zeit gab, wo jeder Hinweis auf den Klassenkampf als Vorwand gegen die „politischen Gewerkschaften“ zurückgewiesen wurde. Wenn wir heute bei positiver Gelegenheit die vielen Kundgebungen und Stellungnahmen der Gewerkschaften während des Krieges erörtern und mit den durch die Entwertung der Verhältnisse geschaffenen neuen Tatsachen vergleichen, dann dürfte es auch unsere Verstand dabei nicht ganz wohl zu tun sein. Je früher diese Auseinandersetzungen kommen, um so besser für unsere Organisation. Darum ist das Verlangen nach einer außerordentlichen Generalversammlung durchaus berechtigt.

Berglebe, in jedem, auch in dem nach Kriegsgefahrten, den Kameraden zu sein. Er wird es dir schließlich doch mit gleichen Vergeltung und dem Selbsterlösen werden.

**Die Entschliessungen von Duisburg und Essen**

Für jeden Gewerkschafter, der im Vordergrund des wirtschaftlichen Kampfes steht, ist dieser Kampf der wesentlichste Inhalt seines Lebens. Denn die Aufhebung gegen das alte Unrecht der Ausbeutung unserer Klasse durch die Besitzer des Industriekapitals währt nicht nur eine kurze Spanne Zeit, sondern sie währt immer, fortwährend, ohne Ruh und ohne Unterbrechung. Schön ist dieser Kampf nicht. Er ist aufregend und kostet Nerven. Aber er gibt doch allen, die ihn mitkämpfen, eine Genugtuung, denn ohne ihn hätte die Ausbeutung keine Schranken und wir nicht das Leben.

Wie ganz anders würden die Kämpfe im eigenen Lager! Sie beunruhigen viel mehr, und man sucht nach den Ursachen. Entspringen sie dann sachlichen Beweggründen, sind sie getragen von der Pflicht, gewerkschaftlicher Arbeit einen neuen guten Weg zu eröffnen und dem Verband zu dienen, dann steht ihre Nützlichkeit außer Zweifel. Sie werden so immer das beste Ergebnis haben, und dieses Ergebnis wird sich auswirken zum Wohle des Ganzen. Das Suchen nach dem Zweckmäßigen für unsern Verband unter sachlichem Meinungskampf hat, wie seine Geschichte und Entwicklung beweist, den Metallarbeitern noch immer Segen gebracht.

Wenn aber solche Kämpfe den Boden der Sachlichkeit verlassen, in Verteilungen ausarten, dann fügen sie unserer Bewegung Schaden zu. Sie werden zum Unrecht gegen die Beteiligten und erfüllen die Herzen mit Bitternis.

Einen Blick in die Nummer 20 der Metallarbeiter-Zeitung — dort begegnen wir solchen Kämpfen. Duisburg-Essen! Wer die Berichte von den dortigen Generalversammlungen liest, der muß sagen, nicht Sachlichkeit und Meinungskampf ist hier: das sind Schmärgungen und gehäßiges Beschimpfen. Man höre nur die Sprache ihrer Entschliessungen! Die Duisburger sagt: „Die Generalversammlung verurteilt die Politik der Generalkommission und des Hauptvorstandes unserer Gewerkschaft sowie die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung durch die Unterzeichnung der Kriegspolitik der Regierung.“ Sie spricht dem Hauptvorstand durch den letzten Aufsatz in der Metallarbeiter-Zeitung das proletarische Empfinden ab. Er hat sein Amt als Vorstand verwirkt.“

Es gibt kaum ein brauchbareres Wort, das mit gentlender Schärfe die niedere Sprache der Entschliessung brandmarken könnte. Dabei sucht man in ihr vergeblich nach einem stichfesten Gedanken. Was soll denn unter jener Politik, die sie verurteilt, eigentlich verstanden werden? Wo und wann, in welchen besonderen Fällen ist die Kriegspolitik der Regierung von der Generalkommission, dem Vorstand und der Metallarbeiter-Zeitung unterzeichnet worden? Mit allgemeinen Redensarten, die zwar schmeichlich aber leer sind, kann der Kritiker nichts anfangen. Die Politik der Generalkommission und der Gewerkschaften, die naturgemäß ihren Niederschlag in der Metallarbeiter-Zeitung finden muß, entspricht, wie jeder Einsichtige weiß, durchaus nicht den Wünschen der Regierung. Ihr wäre eine Politik ins Blaue viel lieber.

Was die Gewerkschaften und die Generalkommission während des Krieges getan haben — mögen wir es ihre Kriegspolitik nennen! — hat den Gewerkschaften und über sie hinaus der ganzen Industriearbeiterchaft gedient. Verurteilt die Entschliessung etwa die Maßnahmen der Gewerkschaftsvertreter bei Ausgestaltung des Hilfsdienstgesetzes zugunsten der Arbeiterschaft? Oder ihr Bemühen, das im Werden begriffene Arbeitskammergesetz für die Arbeiterklasse zu einem Gesetz zum Einbrechen in eine bessere Zukunft zu gestalten? Oder verurteilt sie ganz allgemein das heutige Verhältnis, das Regierungsvertreter, der Not gehorchend, mit Gewerkschaften verhandeln läßt? Oder hat allein der Aufsatz getan?

Der Aufsatz Sinn sollte eine Warnung sein, die Mitglieder möchten sich von unbekanntem Seiten nicht ins Unberechenbare stürzen lassen. Und dieser Sinn muß unbedingt gefestigt und hochgehalten werden. Aber Arbeiterbewegung macht, muß für sie einleuchten, ginge es dabei auch über Kopf und Kragen. Bis heute aber hat noch jede Partei und politische Gruppe es öffentlich abgelehnt, mit den vom Aufsatz ins Auge gefassten Bewegungen auch nur mittelbare Gemeinschaft zu haben. Warum also der Verrat? Es wäre der Sache nützlicher gewesen, wenn der Vater der Entschliessung sich bei seiner Beurteilung des Vorstandes und der Gewerkschaftspolitik ein bürgerliches Gericht zum Muster genommen hätte. Das gibt seinen Beurteilungen stets eine ausführliche Begründung. Der „Richter“ in Duisburg hat das wohl nicht nötig! Er urteilt nur: der Vorstand hat sein Amt verwirkt, ihm fehlt das proletarische Empfinden. — Deshalb dazu noch geistige Unkosten! So ist doch bequemer. Mögen andere dadurch ruhig verunglimpft werden. Aber diese Bequemlichkeit kennzeichnet den Entschliessungsmacher durch und durch.

Proletarisches Empfinden! Schlimmer wäre es um unsere Bewegung bestellt, wenn anstelle des Vorstandes künftig die Empfindung zu entscheiden haben sollte. Kein größerer Schaden würde den Herrschenden je getan. Von ihren Schülern würde dann der Alibi der Arbeiterbewegung. Man stelle sich die Sache einmal näher vor! Dort der kaltherzige, rechnende Großindustrielle — hier die heißen proletarischen Empfindungen! Welche Schärfe, ausgedehnt den Großindustriellen aus jener. Es von Duisburg-Essen mit der Empfindung bekommen zu wollen! Und da meinen solche Leute, was wunder sie für solche Wurzeln sind. In Duisburg ist ihre Sache Pappes. Das künftige Gebäude des Kollegen F... aus Duisburg fällt ja zusammen.

Noch um eine Stufe tiefer bewegt sich die Entschliessung Steinhauser in Essen. Wörtlich heißt es darin: „Sie betrachten den Aufsatz als eine niederträchtige bestellte Arbeit, die alles in der modernen Arbeiterbewegung Vorgekommene übertrifft. Niederträchtig insbesondere deshalb, weil dem Vorstand bekannt sein mußte, daß die Kollegen in der jetzigen Zeit zu dem Aufsatz nicht so Stellung nehmen können, wie dies erforderlich wäre...“

„Bestellte Arbeit!“ Man liest diese Worte nicht ohne innere Erregung. Entweder hat Steinhauser für seine ungeheuerlichen Anschuldigungen Beweismittel in der Hand, oder sie sind eine Niedertracht, die alles in der modernen Arbeiterbewegung Vorgekommene übertrifft. In beiden Fällen — so oder so — müßte der Mitgliedschaft Aufklärung gegeben werden. Die muß erfahren: Steinhauser oder Vorstand? Den Vorstand kennt ein großer Teil der Mitglieder im ganzen Reich. Wer aber ist Steinhauser? Man kann sich auch nicht mit dem Gedanken beruhigen, er sei vielleicht ein Mann mit launigen Nerven, aus dem eine Art Kriegspsychose spräche. Eine solche Entschuldigung könnte die Annahme seiner Entschliessung nicht stützen. Die Mehrheit der Mitglieder hat auf der Essener Generalversammlung ihm zugestimmt. Darf man annehmen, sie sei einem Nebenbuhler ergeben? Doch wohl nicht. Infolgedessen bleibt es bei der Notwendigkeit, eine Beweisführung für die Behauptung seiner Entschliessung anzutreten.

Ferner heißt es darin: „Die Mitglieder können sich infolgedessen auch nicht des Gedrängs verschließen, daß mit solchen Leistungen die Spaltung unvermeidlich herbeigeführt wird. Denn trotz aller Mühe der Vertrauensleute hat der Aufsatz wieder einige gute Kollegen zum Austritt veranlaßt und diese Ausgetretenen können nur, verärgert, die Agitation durch den Vorstand erschweren. Ferner erklären sie in dem Aufsatz eine Sprachschneiderei politisch anstößig. Die politische Klugheit erblicken sie beim Vorstand, worauf jetzt besonderermaßen nicht eingegangen werden kann. Aus all den gemachten Erfahrungen halten die Mitglieder im Gegensatz zum Vorstand diejenigen Kollegen, welche sich aus Ueberzeugung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, sowie den anderen oppositionellen Gruppen angeschlossen haben, für durchaus schuldig und bringen denselben auch großes Vertrauen entgegen.“

Da haben wir des Habels Stern. Der eine verurteilt Generalkommission, Hauptvorstand und Metallarbeiter-Zeitung wegen ihrer Politik und macht es mit der proletarischen Empfindung. Der andere unterstellt dem Vorstand „niederträchtige, bestellte Arbeit“ und bringt „der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sowie der anderen oppositionellen Gruppen großes Vertrauen entgegen.“ Das ist ein wenig die gleichen Saiten. Sie spielen das alte Lied



